

Stellungnahme zum Gutachten von Martin Morlok

1)

Ausweislich des Gutachtens von Martin Morlok vom 5. Januar 2012, Seite 2 bestand sein Auftrag darin: zu *„klären, ob bei bestehender Satzungslage eine – gegebenenfalls nur konsultative – Heranziehung der Mitglieder der Partei „DIE LINKE“ zur Bestimmung der Parteivorsitzenden möglich ist.“* Tatsächlich hatte der Geschäftsführende Parteivorstand auf Anregung von Ulrich Maurer beschlossen, Martin Morlok zu fragen, *„inwiefern bei einem empfehlenden Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung, die Quotierung und die Bewerbungsfristen zu beachten sind“.*

Mit diesen Fragen hat sich Martin Morlok aufgrund des ihm erteilten Gutachtenauftrages, allenfalls am Rande beschäftigt. Ausweislich des Gutachtens beschäftigt sich Martin Morlok darüberhinaus in Ziffer I. und III. seines Gutachtens mit einer Urwahl und lediglich in Ziffer II. und IV. mit einer „konsultativen Mitgliederbefragung“ also dem Gegenstand der vorliegenden Anträge auf empfehlenden Mitgliederentscheid, also einer Mitgliederbefragung. Selbst an diesen Stellen, nimmt Martin Morlok nicht auf den am 16. Dezember 2012 vorliegenden Antrag u.a. des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern Bezug.

2)

Entsprechend des Martin Morlok übermittelten Auftrages beschäftigt sich Martin Morlok unter I. seines Gutachtens mit den Möglichkeiten einer Urwahl. Ein solches Vorhaben gibt es aber nicht. Im übrigen findet im Gutachten von Wolfgang Neskovic unter 1. a. auch eine Auseinandersetzung mit der Möglichkeit einer Urwahl statt.

a) Den Ausführungen von Martin Morlok hinsichtlich der Frage der Möglichkeit der Urwahl von Parteivorsitzenden ist zuzustimmen.

b) Im Unterschied zu dem Gutachten von Wolfgang Neskovic der unter 1). a. seines Gutachtens zu dem Ergebnis kommt, eine Urwahl verstoße gegen das Parteiengesetz kommt Martin Morlok unter I.3. e) zu dem Ergebnis: *„Die bestehende Rechtslage steht nach dem Wortlaut von § 9 Abs. 4 PartG der Durchführung einer Urwahl der Parteivorsitzenden entgegen. Dieser Befund ist allerdings erheblichen verfassungsrechtlichen Zweifeln ausgesetzt. Es gibt gute Gründe, die Einführung einer Urwahl der Parteivorsitzenden durch eine Partei durch eine verfassungskonforme Interpretation des Parteiengesetzes für möglich zu erachten.“* Allerdings rät er von einer Urwahl ab.

3)

Unter Punkt II seines Gutachtens beschäftigt sich Martin Morlok mit der Frage einer „konsultativen Beteiligung der Mitglieder und spricht von „konsultativer Befragung“ . Auch Wolfgang Neskovic hat sich unter 1). b. mit den Möglichkeiten einer konsultativen Befragung auseinandergesetzt.

a) Martin Morlok ist zuzustimmen, wenn er unter II.2. zu dem Ergebnis kommt, dass es *„im Ansatz unbedenklich (ist), wenn die Parteien kraft ihrer Satzungsautonomie den vom Parteiengesetz gelassenen Rahmen durchaus auch kreativ ausnutzen. Dies gilt für verbindliche wie auch für unverbindliche Entscheidungen durch die Parteimitglieder in Gestalt einer auf die Erhebung des Meinungsstandes der Mitglieder beschränkten Befragung.“* (vgl. auch Seite 21, Punkt 4 des Gutachtens) Wolfgang Neskovic kommt in seinem Gutachten unter 1) b. zu einer anderen Schlussfolgerung, denn er schreibt: *“Auch eine konsultative Befragung der Parteimitglieder über den nächsten Parteivorsitzenden verstieße gegen § 9 Parteiengesetz.“*

b) Zuzustimmen ist Martin Morlok auch, wenn er unter II.3. satzungsmäße Regelungen verlangt. Den auf Seite 11 genannten Anforderungen an eine Satzung wird der § 8 der Bundessatzung aus meiner Sicht gerecht. DIE LINKE hat insoweit das Parteiengesetz kreativ genutzt.

- § 8 Abs. 1 legt die Gegenstände eines Mitgliederentscheides fest, in dem formuliert wird *“zu allen politischen Fragen“* und schränkt insoweit die (verbindlichen) Mitgliederentscheide ein, als festgelegt wird, dass soweit eine Aufgabe durch das Parteiengesetz zwingend dem Parteitag vorbehalten der Mitgliederentscheid nur empfehlendern bzw. bestätigenden Charakter hat.

- Das Initiativrecht ist in § 8 Abs. 2 der Bundessatzung festgelegt. Soweit Martin Morlok davon ausgeht, dass in der Satzung auch geregelt werden müsste, wie die Nominierung der Kandidaten/innen erfolgt ist darauf hinzuweisen, dass seine Urwahl ja gerade ausgeschlossen ist und insofern eine solche Regelung überflüssig ist.

- § 8 Abs. 3 der Bundessatzung regelt das Stimmrecht (*“alle Mitglieder“*) , ein Mindestbeteiligungsquorum (ein Viertel der Mitglieder) und ein Zustimmungsquorum (einfache Mehrheit der Abstimmenden).

- Die weiteren von Martin Morlok benannten Anforderungen (Stichtag für Abstimmungsberechtigung, zeitliche Strukturierung) werden in der Ordnung über Mitgliederentscheide geregelt, auf die § 8 Abs. 6 der Bundessatzung verweist.

- Soweit Martin Morlok Anforderungen an eine Wahl formuliert, ist aus meiner Sicht darauf hinzuweisen, dass gerade eine solche Wahl nicht stattfinden soll, sondern ein empfehlender Mitgliederentscheid, mithin eine konsultative Mitgliederbefragung. Soweit Quoren für Kandidierende gefordert werden, ist darauf hinzuweisen, dass in einem solchen Fall de facto eine Vorwahl stattfinden würde, was die Handlungsmöglichkeiten des Parteitages erst recht einschränkt und gerade keine Mitgliederbefragung mehr darstellt, sondern eine Wahl.

4)

In Punkt III. prüft Martin Morlok die *“konsultative Wahl”* von Parteivorsitzenden. Unter diesem Punkt soll geprüft werden, *“ob das Regelwerk der Partei „DIE LINKE“ eine solche Regelung für eine Urwahl der Parteivorsitzenden - auch ohne rechtliche Verbindlichkeit des Ergebnisses – enthält.”* Unter III.4. kommt Martin Morlok zu dem Ergebnis, dass *“es keine Satzung gibt, die eine Urwahl der Parteivorsitzenden regelte”*.

a) Eine *“konsultative Wahl”* hat niemand beantragt. Es geht, auch wenn es eine Wiederholung ist, um einen empfehlenden Mitgliederentscheid, mithin eine Mitgliederbefragung. Der Parteitag ist in seiner Entscheidung frei, diesem empfehlenden Votum zu folgen oder eben nicht. Würde eine *“konsultative Wahl”* stattfinden, gäbe es soetwas wie eine Vorwahl, die Handlungsmöglichkeiten des Parteitages wären eingeschränkt. Die Prüfung im Gutachten in Punkt III. geht mithin von einer Urwahl oder einer *“konsultativen Wahl”* aus, die aber nicht beantragt ist. Meine nachfolgenden Ausführungen beziehen sich immer auf einen empfehlenden Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung, sind aber systematisch an dieser Stelle am besten aufgehoben.

b) Martin Morlok prüft Satzung, Ordnung über Mitgliederentscheide und Wahlordnung. Zunächst ist festzustellen, dass nicht erkennbar ist, dass Martin Morlok ein Unter- und Überordnungsverhältnis in den Ordnungen annimmt. Selbiges ist in dem Gutachten von Wolfgang Neskovic zu finden.

Aus meiner Sicht ist aber ein eindeutiges Rangverhältnis dergestalt vorhanden, dass die Satzung der Ordnung über Mitgliederentscheide übergeordnet ist, mithin die Satzung präzisiert. Dies ergibt sich aus dem Verweis in § 8 Abs. 6 der Bundessatzung und der Tatsache, dass die Partei DIE LINKE

bereits Mitgliederentscheide durchgeführt hat, als es noch keine Ordnung über Mitgliederentscheide gab.

Die Wahlordnung, die ein bestimmtes in der Satzung vorgesehenes Entscheidungsverfahren präzisiert, muss aus meiner Sicht komplett unberücksichtigt bleiben, weil es hier gerade nicht um eine "konsultative Wahl" geht, sondern um einen empfehlenden Mitgliederentscheid im Sinne einer Mitgliederbefragung. Dies schließt denklogisch aus, dass die Wahlordnung herangezogen wird.

c) Erheblichen Widerspruch gibt es zu den Auslegungen die Martin Morlok unter III.1.. Es ist richtig, wenn Martin Morlok formuliert, dass die Bundessatzung keine Urwahl vorsieht. Es ist aus meiner Sicht falsch, wenn er formuliert: "auch nicht in der Form einer lediglich befragenden Erhebung der Mitglieder ohne rechtliche Wirksamkeit."

- Martin Morlok unterlässt es, die Satzungsformulierung "zu allen politischen Fragen" auszulegen. Aus meiner Sicht ist diese Formulierung aber die entscheidende Formulierung, wenn es um die Frage geht, ob nach der Satzung eine empfehlender Mitgliederentscheid im Sinne einer Mitgliederbefragung zur Frage des Parteivorsitzes zulässig ist.

Dies wiederum hat Wolfgang Neskovic in seinem Gutachten getan und kommt unter 2) b. zu dem Ergebnis, dass hier nur Sachfragen gemeint sein können. Dem ist bereits widersprochen worden. Auf dem letzten Parteitag lag der Antrag S. 014.01. vor, welcher "allen politischen Fragen" durch "Sachfragen" ersetzen wollte. Aus Zeitgründen ist dieser Antrag nicht behandelt worden. Er zeigt aber, dass die Formulierung "zu allen politischen Fragen" durchaus so verstanden werden kann, dass auch Personalfragen darunter fallen. In der Satzung wurde eben bewusst darauf verzichtet, von "Sachfragen" zu sprechen.

- Soweit Martin Morlok damit argumentiert, dass die Regelung im § 8 der Bundessatzung auf eine Stimmberechtigung und nicht auf eine Wahlberechtigung bezieht, ergibt sich dies logischerweise daraus, dass keine Wahl stattfinden soll, sondern lediglich ein empfehlender Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung. Darüber hinaus ist Stimmrecht und Wahlrecht –wenn man sich überhaupt auf diese Debatte einlassen will- bei Mitgliederentscheiden dasselbe. Dies ergibt sich aus § 5 Abs. 2 der Bundessatzung der LINKEN. Dort ist festgelegt, dass auf Gastmitglieder das Stimmrecht bei Mitgliederentscheiden nicht übertragbar ist und diese auch kein aktives und passives Wahlrecht haben. In § 4 Abs. 1 b) der Bundessatzung (Rechte der Mitglieder) wird das Recht an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen im selben Anstrich genannt.

- Martin Morlok argumentiert, der Begriff "Angelegenheit" werde kaum für Wahlen benutzt. Schon darüber könnte man diskutieren, allerdings geht es auch gar nicht um Wahlen, sondern um einen empfehlenden Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung.

- Der Hinweis auf § 8 Abs. 4 der Bundessatzung kann nur dann überzeugen, wenn man von einer "konsultativen Wahl" ausgeht, nicht aber wenn von einem empfehlenden Mitgliederentscheid, also einer Mitgliederbefragung.

Gleiches trifft auf die Aussagen hinsichtlich der Mehrheitsverhältnisse zu.

Tatsächlich müssen Parteivorsitzende in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden und tatsächlich darf zu einer Angelegenheit zu der ein Mitgliederentscheid stattgefunden hat frühestens nach zwei Jahren erneut ein Mitgliederentscheid stattfinden. Abgesehen davon, dass konkret kein Problem besteht, würde dies lediglich bedeuten, dass frühestens nach zwei Jahren erneut ein empfehlender Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung, stattfinden dürfte. Da es keine Bindungswirkung gibt, wäre dies unproblematisch.

- Auch die Ausführungen zur Ordnung über Mitgliederentscheide sind nicht überzeugend. Hinsichtlich der Ausführungen zur Frage Stimm- und Wahlberechtigung sowie der zeitlichen Komponente kann auf die Ausführungen oben verwiesen werden.

Sowohl Wolfgang Neskovic als auch Martin Morlok argumentieren mit § 2 Abs. 8 der Ordnung über Mitgliederentscheide. Während Wolfgang Neskovic unter 2) b) aa) schreibt, dass "*in den Klammern sämtliche durch § 9 Abs.3 Parteiengesetz dem Parteitag ausschließlich zugewiesenen Sachkompetenzen aufgezählt*" werden, weist Martin Morlok zu Recht darauf hin, dass in § 2 Abs. 8 die dem Parteitag vorbehaltenen Wahl des Parteivorstandes nicht genannt wird. Wolfgang Neskovic hat in seinem zweiten Teil der rechtlichen Ausführungen ebenfalls auf diesen Punkt hingewiesen. Die Herausnahme von Personalentscheidungen ist allerdings kein Hinweis darauf, dass ein empfehlender Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung nicht stattfinden kann. Der § 2 Abs. 8 Sätze 1-3 behandelt die Gegenstände, die dem Parteitag vorbehalten sind und zu denen es einen bestätigenden Mitgliederentscheid geben soll. Beantragt ist aber eine empfehlender Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung. Für diesen empfehlenden Mitgliederentscheid trifft der Satz 4 eine Regelung, nämlich dass diese unbenommen bleiben. Satz 1-3 und Satz 4 regeln also verschiedene Materien.

- Entgegen der Position von Martin Morlok vertrete ich die Auffassung, dass auch bei einem empfehlenden Mitgliederentscheid, also einer Mitgliederbefragung zur Frage des Parteivorstandes

eine Frage mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Insoweit lautet nämlich die Frage, ob A oder B oder C Parteivorsitzende/r werden soll. Diese Frage ist mit Ja oder Nein beantwortbar.

- Auch der Hinweis auf § 3 Abs. 3 der Ordnung über Mitgliederentscheide ist nicht überzeugend. Zum einen handelt es sich um eine „soll“-Vorschrift, nicht um eine „muss“-Vorschrift. Darüber hinaus kann der Parteivorstand selbstverständlich eine Stellungnahme abgeben, ohne sich in das Verfahren einzumischen. Er könnte beispielsweise noch einmal explizit darauf hinweisen, dass dieser Mitgliederentscheid nur empfehlenden Charakter hat und deshalb eine Mitgliederbefragung darstellt und die Mitglieder bitten, sich daran zahlreich zu beteiligen.

-Hinsichtlich der Bezugnahme auf die Wahlordnung wird auf die Ausführungen zu 4) b) verwiesen.

5) Unter Punkt IV. beschäftigt sich Martin Morlok mit der „konsultativen Beteiligung“. Soweit die Begrifflichkeit „konsultative Beteiligung“ hier verstanden wird als Auseinandersetzung mit der Möglichkeit eines empfehlenden Mitgliederentscheides, also einer Mitgliederbefragung, wird auch diese von Martin Morlok als unzulässig angesehen. Auch dies ist aus meiner Sicht unzutreffend. Im wesentlichen ergibt sich meine abweichende Meinung aus den Ausführungen in Ziffer 4).

- Martin Morlok geht auch hier von einer „Wahl“ aus und zitiert wie Wolfgang Neskovic „*Wenn das Volk, also der Souverän spricht, spricht er verbindlich.*“. Dies verkennt aber, dass es beim empfehlenden Mitgliederentscheid, also einer Mitgliederbefragung ausdrücklich nicht um Verbindlichkeit geht. Jedem/Jeder ist klar, dass es sich um ein Votum handelt, welches der Parteitag berücksichtigen kann, aber nicht muss.

6) Aus meiner Sicht ist ein empfehlender Mitgliederentscheid, also eine Mitgliederbefragung nach § 8 der Bundessatzung und der diese präzisierenden Ordnung über Mitgliederentscheide zulässig. Die Unzulässigkeit im Gutachten bei Martin Morlok ergibt sich aus fehlenden Satzungsbestimmungen, nicht aus einem Verstoß gegen das Parteiengesetz. Allerdings argumentiert Martin Morlok im wesentlichen im Hinblick auf eine Urwahl oder “konsultative Wahl”, weniger mit einer “konsultativen Befragung”. Bei der Auseinandersetzung mit der Frage ob nach Satzungsrecht eine “konsultative Befragung” zulässig ist, wird dennoch auf eine “Wahl” abgestellt. Der empfehlende Charakter, der dem Parteitag die Freiheit lässt, einem Votum zu folgen oder nicht, wird in der Argumentation kaum beachtet.